

Radio Darmstadt, Alltag und Geschichte

Montag, 30. Januar 2006, 17.00-17.30 Uhr

Die Internetfassung findet sich auf [http://www.waltpolitik.powerbone.de/kv/kv\\_hburg.htm](http://www.waltpolitik.powerbone.de/kv/kv_hburg.htm).

## **H I N D E N B U R G S T R A S S E**

*Anmoderation Sonya Raissi:*

Heute, oder – wenn ihr die Wiederholung dieser Sendung am Dienstag hört – gestern vor 73 Jahren ernannte am 30. Januar 1933 Reichspräsident von Hindenburg den NSDAP-Parteiführer Adolf Hitler zum Reichskanzler. Noch heute erinnert eine Hauptverkehrsstraße an den reaktionären General und Reichspräsidenten. Walter Kuhl geht im folgenden Beitrag der Frage nach, weshalb sich im Leserbriefteil des *Darmstädter Echo* ein derart vehementer Widerstand gegen eine Umbenennung der Hindenburgstraße regt.

### **Traditionen**

Vor 73 Jahren, am 30. Januar 1933, ernannte Paul von Beneckendorff und von Hindenburg den NSDAP-Parteiführer Adolf Hitler zum Reichskanzler. Vorangegangen waren die Präsidialregierungen der Zentrumsolitiker Heinrich Brüning und Franz von Papen, sowie des Reichswehrgenerals Kurt von Schleicher. Bei weitgehender Entmachtung des Parlaments war mit diesen drei Politikern der Versuch unternommen worden, mittels eines starken Staates und am Rande der Weimarer Verfassung ein Notstandsregime zu etablieren, das mit weitgehenden Vollmachten gerade die demokratischen Rechte der arbeitenden Bevölkerung aushebeln sollte.

Doch es zeigte sich, daß eine derart starke Regierung auch über die Gewalt verfügen können mußte, für das Kapital notwendige Entscheidungen mit aller Brutalität durchsetzen zu können. Kurt von Schleicher hätte der ideale Mann sein können, wenn eine offene Militärdiktatur angepeilt worden wäre. Davor schreckten die Politiker der konservativen bis reaktionären Rechten jedoch zurück. So wurde Hitler ausersehen, mit dem demokratischen Spuk der Weimarer Republik Schluß zu machen. Paul von Hindenburg, ein seniler 82jähriger Antidemokrat, unterschrieb die Ernennung Hitlers.

Dabei spielt es keine Rolle, ob er – wie oft kolportiert wird – Hitler und seine Bande mochte oder nicht. Hindenburg tat willfährig das, was man von ihm erwartete. Das war nicht nur sein Job. Im Grunde stimmte Hindenburg der damit verbundenen reaktionären Politik zu. Wahrscheinlich wäre ihm eine Militärdiktatur lieber gewesen. Mit einer Militärdiktatur hatte er nämlich Erfahrung. Denn das innenpolitische Regime während des 1. Weltkrieges war faktisch eine.

In Darmstadt gibt es seit einigen Monaten verstärkt eine Diskussion darüber, die Hindenburgstraße umzubenennen. Die Forderung ist nicht neu. Schon seit einigen Jahren wird vorgeschlagen, die Straße statt nach einem reaktionären Antidemokraten nach einem oder einer Widerstandskämpfer/in gegen das von Hindenburg zur Macht gebrachte Naziregime zu benennen. Insbesondere fielen hierbei die Namen Arvid Harnack oder Elisabeth Schuhmacher aus der von der Gestapo *Rote Kapelle* genannten Widerstandsgruppe.

Allerdings war dieser Vorschlag ganz offensichtlich nicht konsensfähig. Die Rote Kapelle hatte nämlich etwas ganz Schändliches getan, und zwar: die Sowjetunion über die Vorbereitungen des Nazi-Angriffskrieges unterrichtet. Und in Deutschland werden nun einmal keine Straßen nach Vaterlandsverrätern benannt. Dann doch lieber nach einem Steigbügelhalter des Nazifaschismus. Etwas mulmig muß es einigen Darmstädter Lokalpolitikern und Lokalpolitikerinnen dabei doch geworden sein. Und so rangen sie sich im Herbst letzten Jahres dazu durch, der Stadtverordnetenversammlung den Vorschlag zu unterbreiten, die Hindenburgstraße nach der des Vaterlandsverrates vollkommen unverdächtigen Marion Gräfin Dönhoff zu benennen.

Marion Gräfin Dönhoff, in ihrem späteren Leben Chefredakteurin und dann Mitherausgeberin der für das kulturelle Wohlbefinden deutscher Intellektueller so wichtigen Wochenzeitschrift *Die Zeit*, gehörte ganz am Rande dem Kreisauer Kreis an, der wiederum mit den Attentätern des 20. Juli in Verbindung stand. Die Putschisten des 20. Juli planten jedoch nicht etwa die Wiederherstellung demokratischer Zustände, sondern eine Militärdiktatur, die unter Umgehung der Nazi-partei sofortige Sondierungsgespräche über ein Ende der Kampfhandlungen mit den westlichen Alliierten aufnehmen sollte.

Dies ist wichtig zu betonen, denn in ihrem publizistischen Leben warf Marion Gräfin Dönhoff diesen westlichen Alliierten vor, den Putschversuch als Nachweis eines anständigen Deutschlands nicht ernst genommen und statt dessen die bedingungslose und vollständige Kapitulation angestrebt zu haben. Hintergrund ist der Verlust der deutschen Ostgebiete, der für die Gräfin insofern schmerzlich war, als sie dadurch ihres Familiengutes verlustig ging.

Der 20. Juli ist seit Mitte der 50er Jahre sozusagen als Ehrenrettung Deutschlands aufgebaut worden. An die Tradition dieses sogenannten Widerstandes knüpft die Bundeswehr an, und diese Tradition ist heute umso wichtiger, als Deutschland auch militärisch wieder zeigen will, wozu deutsche Gutmenschen in aller Welt fähig sind. Dabei wird vergessen, daß die Militärs des

20. Juli keine Probleme mit der Endlösung der Judenfrage oder dem Vernichtungskrieg der Wehrmacht in Osteuropa und der Sowjetunion hatten. Allenfalls in dem Sinne, daß die damit verbundenen Maßnahmen für eine effektive Kriegsführung zuweilen kontraproduktiv waren.

Die Tradition des 20. Juli ist also keine antifaschistische, weil nicht gegen das Naziregime als solches gerichtet. Der Putschversuch richtete sich nur gegen dessen Unfähigkeit, den Krieg zu gewinnen bzw. um zu retten, was noch zu retten war. Dennoch konnte und mußte eine Nachkriegsgeschichte, welche auf Vergangenheitsbewältigung abzielte, auf diesen Verschwörerkreis und auch auf die Gräfin zurückgreifen. Denn die demokratische Mitte der Gesellschaft hat einfach nichts Besseres anzubieten. [1]

Der Publizist und ehemalige Politikwissenschaftler Georg Fülberth hat in einem Vortrag zum *Verdrängten Antifaschismus nach 1945*, gehalten am 30. November letzten Jahres im Darmstädter Schloß, sehr eindringlich den Unterschied zwischen der nachputschistischen Vergangenheitsbewältigung und tatsächlichem Antifaschismus herausgearbeitet. Deshalb lasse ich ihn am besten selbst zu Wort kommen.

## Verdrängter Antifaschismus

*Originalton Georg Fülberth:*

In der Bundesrepublik Deutschland ist der Antifaschismus verdrängt worden durch die Bewältigung der Vergangenheit. Das sind nämlich zwei verschiedene Dinge. Und sehr naive, nur sehr naive Ohren können dem Irrtum unterliegen, als sei Antifaschismus dasselbe wie Bewältigung der Vergangenheit. Bewältigung der Vergangenheit und Antifaschismus schließen sich gegenseitig aus, sind zwei völlig verschiedene Traditionen, dürfen nicht verwechselt werden.

Also – Antifaschismus: seit 1990 hat man sich eigentlich wieder angewöhnt hier im Westen, unter Antifaschismus so eine Art kommunistischen Kampfbegriff zu verstehen. Eigentlich sind's nur die Kommunisten und die Linken und sonstige abseitige Menschen, die noch Antifaschisten seien. Antifaschismus sei eine Rechtfertigungsideologie des Totalitarismus. So liest man es in der guten Gesellschaft.

Daran ist richtig, daß Antifaschismus ziemlich klar zu umreißen ist, was gemeint ist. Antifaschismus bedeutet die Bemühung um die Beseitigung der Grundlagen des Faschismus, insbesondere der ökonomischen Grundlagen des Faschismus. Antifaschismus bedeutete Bestrafung und Verfolgung der Täter, und Antifaschismus bedeutet auch Entschädigung der Opfer.

Alle drei Forderungen sind bis heute nicht eingelöst. Die ökonomischen Grundlagen des Faschismus bestehen noch. Die Täter sind zum großen Teil ruhig in ihren Betten gestorben und soweit sie jetzt noch vor Gericht gestellt werden, werden sie außer Verfolgung gesetzt, weil sie nicht mehr prozeßfähig sind, oder falls sie verurteilt werden, werden sie dann außer Haft gesetzt, weil sie nicht mehr haftfähig sind. In der Regel aber sind sie unverfolgt gestorben, die Täter, außer einiger Spitzen. Ja, und die Entschädigung der Opfer wird in dem Maß aktiv betrieben, in dem sie billiger wird, weil die Opfer tot sind.

So viel ist aus dem Antifaschismus geworden, so daß von den drei Forderungen eigentlich nur noch bleibt, als eine Forderung, die verwirklicht werden könnte, nämlich die Beseitigung der Grundlagen des Faschismus, der monopolkapitalistischen Ordnung. Die lebt noch lang, und da werden wir noch lange mit zu tun haben, und insofern ist der Antifaschismus eine durchaus junge Erscheinung, und man sieht ja auch, daß es immer wieder junge Antifaschisten gibt.

Das hat nichts zu tun mit dem zweiten Phänomen: Bewältigung der Vergangenheit. Bewältigung der Vergangenheit hat einen ganz einfachen Grund, nämlich daß etwas schief gegangen ist. Es wurde ein Krieg verloren 1945, Deutschland wurde geteilt, die alten Eliten standen etwas blamiert da, insbesondere auch ihre Kopflanger, und leider konnte man nicht leugnen, daß diese Niederlage nicht nur eine militärische Angelegenheit gewesen ist, sondern daß diese Niederlage auch moralische Voraussetzungen hatte, nämlich daß ein riesiges Verbrechen vorangegangen war.

Und jetzt ist die Frage für die deutschen Eliten bis hinunter zu ihren Studienräten: Wie werden wir mit den Folgen der Niederlage fertig, wie rehabilitieren wir uns wieder? Und das geht tatsächlich nur, weil wir leider die Verlierer sind – wir haben einige Zeit nicht die Hoheit über die Interpretation dieses Geschehens –, indem wir uns der Ideologie der Sieger anpassen. Anders geht's nicht. Und das nennen wir Bewältigung der Vergangenheit. Hätten wir den Krieg gewonnen, gäbe es keine Bewältigung der Vergangenheit, sondern eine Rechtfertigung der Vergangenheit. Das heißt – die Bewältigung der Vergangenheit ist das Gegenteil von Antifaschismus, ist einfach die Rechtfertigung der Vergangenheit in einer Situation, in der man sie leider nicht mehr rechtfertigen kann. Das ist Bewältigung der Vergangenheit.

Und diese Bewältigung der Vergangenheit hat mehrere Phasen, drei Phasen, die will ich jetzt gleich vorstellen. Und man muß, glaube ich, immer sehr genau zuhören, wenn jemand über die Zeit vor '45 spricht, ob da einer tatsächlich über Antifaschismus spricht oder über Bewältigung der Vergangenheit. Manches klingt so angepaßt, daß man es mit Antifaschismus verwechseln könnte. Ich will ein Beispiel dafür nennen.

Eine Äußerung, die mich sehr ins Nachdenken gebracht hatte vor einigen Jahren, und bei der ich dachte, Mensch, einige Leute sind doch gar nicht so konservativ wie man denkt, war die

Äußerung des im übrigen als durchaus konservativ bekannten Althistorikers aus München, Christian Meier, der bei einer Diskussion sagte: *Ja, warum sind wir eigentlich 1945 nicht vertrieben worden? Das wäre doch eine angemessene Strafe gewesen, wenn die Deutschen 1945 vertrieben worden wären angesichts dessen, was sie angerichtet haben.*

Da habe ich einen Tag darüber nachgedacht, bis ich merkte, das ist wohl doch kein Antifaschismus, da scheint es sich wieder um Bewältigung der Vergangenheit zu handeln. Denn in dieser Äußerung *es wäre angemessen gewesen, wenn wir vertrieben worden wären* stecken ja zwei Äußerungen. Er meint, wenn wir vertrieben worden wären, wäre uns das Äquivalent unserer eigenen Schuld aufgebunden worden. Nehmen wir die deutsche Schuld, ist als größter Posten in der deutschen Schuld die Vernichtung von fünf bis sechs Millionen Juden. Und das Äquivalent wäre die Vertreibung gewesen. Das heißt, den Deutschen wäre mit der Vertreibung dasselbe widerfahren, was den Juden widerfahren ist. Die Juden sind aber nicht vertrieben worden, die Juden sind vernichtet worden.

Und dazu gehört zweitens die Aussage, die adäquate Strafe für die Ermordung der Juden wäre die Vertreibung gewesen. Also man muß über solche Äußerungen der Bewältigung der Vergangenheit ein bißchen nachdenken, um zu merken, daß da in der Regel doch aus einer anderen Sicht gesprochen wird.

Antifaschismus im Sinne der antifaschistischen Organisationen, die es erfreulicherweise auch noch gibt, wie der VVN, hat zwei Bezugspunkte, erstens die Opfer und zweitens die Widerstandskämpfer. Was nicht bedeutet, wenn man sich zum Antifaschismus bekennt als jüngerer Mensch, man sich selbst zum Opfer machen kann. Sind wir nicht. Wir leben ja noch, soweit ich sehe. Und auch nicht, daß man sich zum Widerstandskämpfer macht. Die Widerstandskämpfer sind sehr alt, so alt, daß einige heute Abend nicht mehr kommen konnten, soweit sie noch leben, und sie sind meistens tot.

Aber – Antifaschismus bezieht sich auf diejenigen, die dagegen gewesen sind, und die, die die Opfer gewesen sind. Bewältigung der Vergangenheit bezieht sich auf ertappte Täter, die leider erwischt worden sind und leider sagen müssen, uns hat die Strafe zurecht erwischt, jetzt müssen wir sehen, wie wir uns rehabilitieren. Das sind zwei verschiedene Dinge.

Also, nochmal zurück zur Äußerung von Christian Meier. Mit seiner Äußerung haben wir eine doppelte Verharmlosung. Die Juden wurden, wie gesagt, nicht vertrieben, sondern vernichtet. Und die Deutschen sind ja nicht vertrieben worden '45. Und da ist dann die Frage zu stellen, wenn die Deutschen ihre angeblich adäquate Strafe gar nicht bekommen haben, dann sind sie ja noch da. Denn ein Volk, das nicht vertrieben ist, hat auch noch seine Rechte. Und dann muß man eben fragen, dann, wenn die Deutschen nicht vertrieben worden sind, dann bleibt auch noch ein Potential und diesem Potential muß man gerecht werden.

Das heißt – noch einmal zu dieser Äußerung zurück: wenn die schon uns nicht vertrieben haben 1945, dann müssen wir akzeptieren, daß wir noch ein Staat sind mit Rechten eines normalen Volkes. Und das heißt: aus unserer Nichtvertreibung folgt unsere Rehabilitierung. Soviel zur Doppelbödigkeit solcher Äußerungen aus der Bewältigung der Vergangenheit. [2]

[Originalton Georg Fülberth Ende]

## **Der Argumente ...**

Ich denke, wir verstehen jetzt besser, warum sich die Darmstädter Stadtverordneten in ihrer Straßenumbenennungskommission lieber auf die weichgespülte Variante mit der Gräfin Dönhoff geeinigt haben. Denn Antifaschismus ist ganz sicher kein Motiv, von dem sich die Mehrheit der Darmstädter Stadtverordneten würden leiten lassen. Aber so ein bißchen Symbolik, ausgedrückt in einem Straßennamenswechsel, dazu konnten sich dann doch alle durchringen. Allerdings hatten sie es nicht gerade eilig damit, denn diese Frage wird wohl frühestens erst die am 26. März zu wählenden Stadtverordneten beschäftigen. Da darf man und frau ja gespannt sein, wie das weitergehen wird.

Und doch – nicht einmal auf diese symbolische Bewältigung der Vergangenheit konnten sich einige Damen und Herren einlassen, die dies in Leserbriefen an das *Darmstädter Echo* auch öffentlich kund und zu wissen taten. Nun ist nichts gegen eine öffentliche Debatte einzuwenden, allein: geben die vorgebrachten Argumente auch dazu Veranlassung? Schau'n wir mal:

Wenn ich richtig gezählt habe, gab es in dem Monat zwischen dem 9. Dezember 2005 und dem 7. Januar 2006 19 Männer und nur eine Frau, welche die Leser- und Leserbriefspalte unserer Lokalzeitung zur öffentlichen Mobilisierung genutzt haben. Zudem soll unter den Anwohnerinnen und Anwohnern des betroffenen Straßenzuges eine Unterschriftenliste kursieren.

Nur eine Zuschrift, nämlich die des Antifaschisten Philipp Benz, sprach sich offen und wohlbegründet für die Umbenennung aus. Da frage ich doch: wo sind denn hier nur alle diejenigen geblieben, die so fleißig auf dem Friedensplatz gegen das Neonaziunwesen in Griesheim demonstriert haben [3]? Hat das *Darmstädter Echo* etwa diese Zuschriften unterschlagen? Kann ich mir nicht vorstellen, wo sich doch Klaus Staat eindeutig als Befürworter der Umbenennung geoutet hat. [4]

Bemerkenswert ist jedoch auch, daß sich nur eine einzige Frau zu Wort gemeldet hat, was auf ein rein männliches Problem schließen läßt. Zudem stammten nur zwei der zwanzig Zuschriften

von Anwohnern der Hindenburgstraße. Woraus zu folgern ist, daß es den anderen 17 nicht um das Wohl der Anwohnerinnen und Anwohner gegangen ist, sondern darum, eine politisch ungewollte Umbenennung zu verhindern.

Was ist also an Paul von Beneckendorff und von Hindenburg so Verteidigungswertes dran? Fragen wir doch unsere Expertin und unsere Experten aus dem *Darmstädter Echo*.

Die Argumente lauten wie folgt: Unser Geschichtsbild ist ein anderes als das von 1933 und wir haben ein aus der nachfolgenden Geschichte erworbenes anderes Unrechtsbewußtsein. Außerdem hat die Straße schon so lange ihren Namen, woraus folgt, daß hier nicht ernsthaft ein dringend zu lösendes Problem vorliegen kann. Weiterhin koste die Umbenennung Geld, das für wahrlich sinnvollere Projekte ausgegeben werden könnte. Und zuletzt: die Hindenburgstraße erhielt ihren Namen schon 1915, also weit vor Hitlers Amtsantritt, nach dem glorreichen Sieg des späteren Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg, errungen im August zuvor beim ostpreußischen Tannenberg gegen die russische Armee.

Das ist alles. Und das ist wenig. Um nicht zu sagen: das ist peinlich. Doch der Reihe nach.

## ... wahrer Kern

Argument Nummer Eins: unser heutiges Geschichtsbild ist ein anderes. Das mag stimmen und ist dennoch banal. Jede Epoche macht sich ein neues Bild von sich und der eigenen Vergangenheit. Interessanter wäre zu fragen: wie haben die Menschen das damals gesehen? Und dann stellen wir fest, daß die Weimarer Republik zwar eine feste konservative Grundtendenz besaß, daß es jedoch starke gesellschaftliche Kräfte gab, die sich sowohl gegen Paul von Hindenburg als Reichspräsident als auch gegen Adolf Hitlers Ernennung zum Reichskanzler gewandt hatten.

Die Weimarer Republik hatte nämlich auch eine starke demokratische Grundtönung. Genau deshalb wurde sie abgeschafft. Die Unterstützung, die von Hindenburg bei seiner Wiederwahl durch die SPD erhielt, ist allenfalls als ein weiterer Hinweis auf den wahren Charakter dieser Partei zu werten. Schließlich war es die SPD, die nicht nur die Novemberrevolution von 1918 erwürgte, sondern schon damals mit den reaktionären Freicorps paktiert hatte. Die Partei beruft sich zynischerweise gerne auf Rosa Luxemburg, also die Frau, welche die SPD auf dem Gewissen hat.

Es ist allerdings *auch* so gewesen, daß die sogenannten demokratischen Parteien sich nicht hatten darauf einigen können, wie sie die Wirtschaftskrise, die spätestens 1929 manifest gewor-

den war, effizient gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter wenden konnten. Gewisse Parallelen zu heute sind – nebenbei bemerkt – hier unverkennbar. Deshalb konnten sich diese sogenannten Demokraten auch nicht auf eine gemeinsame Alternative zu und gegen von Hindenburg einigen. Paul von Hindenburg wurde ja erst von diesen Demokraten stark gemacht. Es wäre vielleicht auch ohne ihn gegangen, aber er wurde noch gebraucht. Gebraucht, um per Notstandserlasse eine dem Kapital gewogene Politik knallhart durchzusetzen.

Argument Nummer Zwei: So dringend kann das Anliegen ja nicht sein, sechzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ans politische korrekte Aufräumen zu gehen. In der Tat – es ist erstaunlich, daß die Demokratinnen und Demokraten dieser Stadt sechzig Jahre lang ruhig mit diesem Straßennamen schlafen konnten. Also kein Argument gegen die Umbenennung, sondern eines, daß auf die Dringlichkeit des symbolischen Anliegens verweist. An der konkreten Aufarbeitungspolitik dieser Gesellschaft ändert es ja nichts. Gegen Neonazis wird zwar demonstriert, aber nicht eingeschritten. Vielleicht braucht man und frau sie ja noch einmal, wer weiß?

Argument Nummer Drei: Das Geld. So eine Umbenennung kostet – vor allem die Anwohnerinnen und Anwohner – Geld. Briefbögen, Visitenkarten, Personalpapiere, Straßenschilder usw. usw. müssen neu angefertigt werden. Das ist alles richtig. Aber – das Problem haben wir doch alle, wenn wir umziehen, oder? Und diese Gesellschaft ist wahrlich mobil gemacht worden. Nun wird darauf hingewiesen, daß in Zeiten knapper Kassen derartige Aktionen Luxus sind, den wir uns nicht leisten können. Ehrlich? Also, wenn ich mir betrachte, wofür in dieser Stadt das Geld zum Fenster hinausgeschmissen wird, dann kann ich dem Argument nichts abgewinnen. Als da wären: ein überflüssiges Kongreßzentrum, ein überdimensioniertes Fußballstadion, ein die Mehrheit der Bevölkerung ausschließendes Wellnessbad, eine verkehrspolitische idiotische Nordostumgehung, usw.

Argument Nummer Vier: Der Retter von Tannenberg. Nachdem Österreich-Ungarn sich 1914 mit deutscher Rückendeckung zum Krieg gegen Serbien durchgerungen hatte, ging es Schlag auf Schlag. Ganz Europa wartete offensichtlich nur auf den Startschuß. Deutsche Truppen fielen ins neutrale Belgien ein, um gemäß dem Schlieffen-Plan Frankreich zu einer schnellen Kapitulation zu zwingen. Doch sie scheiterten [5]. Die hierbei benötigten Truppen fehlten im Osten; und da war das zaristische Rußland schneller in der Lage, seine Truppen zu mobilisieren, als von der Obersten Heeresleitung erwartet. Die deutschen Verteidiger zogen sich hinter die Weichsel zurück und überließen den russischen Truppen deutsches Territorium.

Paul von Hindenburg, damals 67, wurde reaktiviert und besiegte mit zahlenmäßig unterlegenen Kräften die darob wohl überraschte russische Armee. Nach einem weiteren Sieg war die un-



mittelbare Gefahr für Ostpreußen gebannt. Paul von Hindenburgs Renommée kommt also daher, daß er verhindert hat, daß russische Horden brave deutsche Bürgerinnen und Bürger aus dem Schlaf reißen könnten. Bleibt dennoch die Frage: wer hat denn den Krieg angefangen? Die Heldentat ist also eine, die schon im Ansatz hätte vermieden werden können. Also auch kein Grund für eine nachträgliche Ehrung.

Zumal Paul von Hindenburg zusammen mit Erich Ludendorff die weitere Kriegspolitik bestimmte. Dies beinhaltete nicht nur eine faktische Militärdiktatur in Deutschland, sondern auch einen gnadenlosen Massenmord auf den französischen Schlachtfeldern. Jan Philipp Reemtema [6] weist darauf hin, daß die deutsche Kriegsstrategie auf das Ausbluten der französischen Armee zielte. Man opfere zwei deutsche Soldaten, um fünf Franzosen abzuschlachten. Frage: wieso haben wir seit über neunzig Jahren eine Straße, die nach einem Mitverantwortlichen für systematischen Massenmord benannt worden ist. Obwohl – Soldaten sind ja keine Mörder, sie tun nur ihre Pflicht.

Wir sehen also, die vorgebrachten Argumente sagen uns mehr über die Gedankenwelt ihrer Vertreter als über die Realität.

Bemerkenswert waren – um zum Schluß zu kommen – die Reaktionen der größten Institutionen an der Straße – der *Wissenschaftlichen Buchgesellschaft* und der *Handwerkskammer Rhein-Main*. Andreas Auth, geschäftsführender Direktor der *Wissenschaftlichen Buchgesellschaft* begrüßt zwar die Umbenennung, sieht hierin jedoch einen enormen Kostenfaktor, der sich auf etwa 50.000 Euro belaufe. Das ist nachvollziehbar, zumal der Verlag seinen Hauptumsatz mit Direktvertrieb an seine unzähligen Mitglieder bestreitet. Ich sehe das jedoch so: das ist der Preis dafür, jahrzehntelang geschwiegen zu haben.

Schwerwiegender finde ich das absolut plausible Argument des Geschäftsführers der *Handwerkskammer Rhein-Main*. Ohne konkrete Zahlen zu nennen, spricht er von einem Haufen Geld, was die Umbenennung kosten würde. Und die Gründe, die gegen die Hindenburgstraße als Straßennamen spächen, hält er ohnehin nicht für so gravierend. Was womöglich sogar einen tiefen Einblick in die Gedankenwelt eines Geschäftsführers einer Institution wirft, die zugunsten eines Teils der Kleinbourgeoisie handelt.

Womöglich haben die Handwerker der Weimarer Republik überhaupt kein Problem damit gehabt, daß nicht nur Ruhe und Ordnung, sondern auch Fleiß und Ausbeutung wieder so richtig angesagt waren. Das Sein bestimmt das Bewußtsein - und wenn auch heute kein Mensch mehr nach von Hindenburg kräht, so ist das damit verbundene undemokratische Gedankengut schon längst auf der wirtschaftspolitischen Agenda angelangt.

Woraus ja fast schon der Schluß zu ziehen wäre: die Straße trägt ihren Namen zurecht. Wenn sich in der Benennung öffentlicher Straßen und Plätze der gesellschaftliche Mainstream wiederfindet, dann wissen wir jetzt, in welcher Gesellschaft wir leben sollen, zumindest wenn es nach den Vorstellungen der Leserbriefschreiber/in und der *Handwerkskammer Rhein-Main* geht.

*Abmoderation Sonya Raissi:*

Dies war ein Beitrag von Walter Kuhl zu den Argumenten, die von interessierten Kreisen vorgebracht wurden und werden, um die Umbenennung der Hindenburgstraße zu vereiteln.

## **Anmerkungen**

- 1 Eine Kurzbiografie des Deutschen Historischen Museums Berlin [<http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/DoenhoffMarion/>] würdigt Marion Gräfin Dönhoff als "Journalistin und Widerstandskämpferin". Eike Geisel polemisiert treffend in konkret 07/94 "über den kleinen Unterschied zwischen dem »anderen Deutschland« und der zivilisierten Welt": "Runder Tisch mit Eichmann" [<http://www.trend.infopartisan.net/trd1198/t381198.html>]. Am 1. September 1997 befaßte ich mich mit der damals in Darmstadt gezeigten Ausstellung "Aufstand des Gewissens": "Die Ausstellung zeigte wirklich deutlich – und ehrlich –, was es mit dem militärischen Widerstand auf sich hatte. Ich würde sagen, aufgeblasene Luft." [[http://waltpolitik.powerbone.de/send199x/oh\\_aufst.htm](http://waltpolitik.powerbone.de/send199x/oh_aufst.htm)]
- 2 Nicht autorisierte Transkription; zusammenhängender Ausschnitt aus dem Vortrag.
- 3 Am 7. Januar 2006 trafen sich etwa 400 Neonazis zu einer als Geburtstagsfeier einer Basketballmannschaft getarnten Veranstaltung, Konzert inbegriffen, in einer Gaststätte in Griesheim bei Darmstadt. Schon zwei Wochen später, am 21. Januar, fand rund 5 Kilometer hiervon entfernt eine machtvolle Kundgebung mit rund 500 TeilnehmerInnen statt, zu der von der CDU über Darmstadts Fußballstolz (die "Lilien") bis hin zur Antifa so ziemlich alle gesellschaftlichen Strömungen aufgerufen hatten. Die zugehörige Demonstration zog einmal rund ums Carree. Ist das Antifaschismus oder Bewältigung der Vergangenheit?
- 4 Klaus Staat: Ein fossiles Denkmal, Kommentar im Darmstädter Echo vom 17. Dezember 2005
- 5 Siehe hierzu John Horne und Alan Kramer: Deutsche Kriegsgreuel 1914. Die umstrittene Wahrheit, Hamburger Edition 2004. Meine Besprechung des Buchs erfolgte in der Sen-

dung "Der Vietnam-Krieg" am 24. Januar 2005 [[http://waltpolitik.powerbone.de/kv/-kv\\_vietn.htm](http://waltpolitik.powerbone.de/kv/-kv_vietn.htm)].

- 6 Siehe hierzu Jan Philipp Reemtsma: Mord am Strand, 1998; in diesem Zusammenhang die Seiten 285-315. Meine Besprechung des Buchs erfolgte am 20. September 1999; das Sendemanuskript ist derzeit (noch) nicht online nachzulesen.